



UNIVERSITY OF NIŠ

The scientific journal **FACTA UNIVERSITATIS**
Series Law and Politics Vol. 1, N^o1, 1997, pp. 125-136
Editor of Series: Milan Petrović

Address: Univerzitetski Trg 2 YU - 18000 Niš, Tel: (018) 547-095, Fax: (018) 24-448

POSTKOMMUNISTISCHE EROBERUNG DER DEMOKRATIE

UDK 321.74: 342.34 316.48

Jovica Trkulja

Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Belgrad

Zusammenfassung. *Diese Arbeit ist der Untersuchung der radikalen Änderungen in den politischen Systemen der ehemaligen sozialistischen Länder in den 90-er Jahren des 20. Jahrhunderts gewidmet. Es ist das Ziel des Autors, die widersprüchlichen Prozesse der Demokratisierung neuer gesellschaftlicher Ordnungen im mittelöstlichen Europa zu erklären. Der Schwerpunkt der Analyse liegt einerseits auf den Voraussetzungen und Möglichkeiten und andererseits auf den Hindernissen und Irrwegen der Demokratie in den postkommunistischen Ländern. Die Schlussfolgerung des Autors ist, daß heute schon, nach den anfänglichen bescheidenen Erfolgen der postkommunistischen Eroberung der Freiheit und Demokratie, offensichtlich ist, daß der dramatische Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 eigentlich den Zusammenbruch des "alten Regimes", nicht aber der "alten Gesellschaft" darstellt, die, im Gegensatz zum Regime, nicht einfach durch ein Dekret geändert und in eine Zivilgesellschaft transformiert werden kann.*

Stichwörter: *Demokratie, Postkommunismus, Modernisierung.*

1. Einführung

Zwei hundert Jahre nach der Französischen Revolution brach buchstäblich über Nacht der europäische Realsozialismus zusammen. In der Nacht zwischen 9. und 10. November 1989 wurde auch die Berliner Mauer, dieses erschreckende Symbol einer bipolaren Welt, niedergestürzt. Ihr Fall befreite eine große revolutionäre Welle, die das ganze mittelöstliche Europa überschwemmte. Sie schien dieselbe Welle zu sein, die 1789 in Frankreich ausgebrochen war und die zwei Jahrhunderte später den mitteleuropäischen Osten erreichte und große Hoffnungen und Erwartungen erweckte. Man erwartete vor allem, daß diese Welle den zwei hundert Jahre langen Prozeß der Eroberung der Freiheit und der Demokratie beenden würde, der in der Epoche der großen bürgerlichen Revolutionen begonnen hatte. Dieser Prozeß, dessen Mittelpunkt die Modernisierung und Demokratisierung bildeten, entwickelte sich im unaufhörlichen Kampf zwischen den demokratischen Kräften, die die Sicherung der individuellen Rechte anstrebten, und den autoritären Kräften, die das Ziel hatten, den Einzelnen verschiedenen Diktatoren und abstrakten Kollektivitäten (dem Staat, der Klasse, der

Received December, 1995

Partei, der Nation) unterzuordnen. Es handelt sich um einen Prozeß der demokratischen Konstituierung der Gesellschaft, die in den sozialistischen Ländern manchmal in vollem Schwung und manchmal erst am Anfang eingestellt und für Jahrzehnte eingefroren oder ins "Joch der Unreife" (I. Kant) der patriarchalisch strukturierten Gemeinschaft gefesselt wurde. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus erwachen die Prozesse der Konstituierung der modernen demokratischen Gemeinschaft und setzen ihr Leben dort, wo sie gewaltsam unterbrochen wurden, fort. Dabei befindet sich diese Befreiung vom "Joch der Unreife" und von den Fesseln der traditionellen, vormodernen Gesellschaft erst am Anfang. Diese "Befreiung der Geschichte" und die "Rückkehr in die (moderne) Geschichte" bekommt immer mehr die Gestalt der "Rache der Geschichte"; es scheint so, als könne man dem Weg, den der Westen schon seit langem hinter sich hat, d.h. dem Weg der ethnisch-religiösen und bürgerlichen Kriege, nicht ausweichen.

Aus diesem Grunde wurde es bald offensichtlich, daß der Übergang vom realsozialistischen Modell des politischen Systems ins bürgerlich-demokratische ein widersprüchlicher Prozeß ist, und daß es sehr ungewiß ist, ob es den emanzipatorischen Kräften einer neuen Lebensweise gelingen wird, diesen Prozeß als eine moderne demokratische Gesellschaft zu verwirklichen.

Der neue Zustand, der nach dem dramatischen Zusammenbruch des Realsozialismus und nach dem Übergang von einer autoritären in eine demokratische Ordnung entstanden war, wurde als Postkommunismus bezeichnet. Dieses Wort bedeutet ziemlich wenig, es deutet nur an, daß eine Sache („post“) einer anderen („Kommunismus“) folgt - eine neue Situation. Ohne zu wissen, wie diese neue Situation genannt werden könnte, wird sie in der Umgangssprache und in der Theorie mit einem nicht ganz bestimmten, allzu offenen und vielseitig fehlerhaften Begriff - "Postkommunismus" - bezeichnet. Trotz zahlreicher formaler und inhaltlicher Nachteile hat das Konzept des Postkommunismus das Ziel, den Aufbautypus der politischen Gemeinschaft zu artikulieren, der auf der Anerkennung der Grundprinzipien der liberalen und demokratischen Konstituierung der Gesellschaft beruht.

2. Nichtabsolvierte Aufgaben der modernen politischen Geschichte

Strategen und Ideologen des Postkommunismus entschieden sich fast ausnahmslos für freien Markt, Demokratie und Menschenrechte, so daß Ende des 20. Jahrhunderts die liberal-demokratischen Werte zur "politischen Achse" wurden, um die sich fast der ganze Planet dreht. In diesem Lichte zeigt es sich, daß die große Odyssee des Sozialismus ein historisches Interregnum darstellte, und daß durch den Fall des Realsozialismus die Entwicklung der Zivilisation eigentlich den Anforderungen ihrer inneren Logik nachkam. Vielleicht werden die künftigen Historiker von einer theoretischen Distanz aus in diesem Interregnum vielmehr die List der geschichtlichen Vernunft sehen, die manchmal durch verwinkelte Umwege den tieferen Sinn ihrer inneren Logik offenbart. Deshalb ahnt man im Fall der Berliner Mauer und im endgültigen Ende des "russischen Experiments von 1917" (Weber) das *Ende der Geschichte*. Der bedeutendste Fürsprecher dieser These, Francis Fukuyama, meint, daß das Verschwinden des Realsozialismus von der geschichtlichen Bühne den endgültigen Sieg der demokratischen über die totalitäre Alternative bedeutet: "Den endgültigen Punkt der

ideologischen Evolution der Menschheit und die Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als endgültiger Form der Regierung über die menschliche Gesellschaft".[1] Der dramatische Kampf zwischen Gut und Böse und die ganz ungewissen Verwicklungen der Geschichte kommen endlich zu ihrem glücklichen Epilog: nach Coca-Cola, PC's, Videorecorders und Rockkultur erobern auch die politischen (liberaldemokratischen) Formeln der westlichen Zivilisation die Welt.

Im Gegensatz aber zu Fukuyamas Erwartungen ist dieses "Ende der Geschichte" keinesfalls harmonisch, geschweige denn langweilig idyllisch. Denn die planetare Universalisierung des westlichen Zivilisationsmodells ist weder schnell noch schmerzlos. Vielmehr stellt für die postkommunistischen Länder dieses *Ende* der Geschichte eigentlich den *Anfang* der Rückkehr in die "moderne" Geschichte dar, und darunter versteht man notwendig auch die Wiederholung der Geschichte und damit auch die lange Passion, die der Westen seit Magna Charta 1215 bis zu den heutigen Urkunden über die Demokratie, Menschenrechte und Freiheiten durchgemacht hatte. Auf diesem Weg scheinen die großen sozialen Konflikte, ethnisch-religiösen Kämpfe und bürgerlichen Kriege unvermeidlich zu sein. Deswegen läuft die Geschichte des Postkommunismus vor unseren Augen als ein schon gesehener Film voller schrecklicher Szenen von Verwirrungen und neuen Diktaturen im Herz Europas, und über die Leinwand, wie in einem schnellwechselnden Kaleidoskop, laufen schreckliche Bilder eines ethnisch-religiösen und bürgerlichen Kriegs, in dem schon an hunderttausende Menschen ums Leben kamen, und die Existenz von Millionen in Frage gestellt ist. Und das alles im Namen neuer kollektiver Ideale: der Völkerrechte, der Selbständigkeit und "Staatlichkeit".

Indem der Postkommunismus die alte sozialistische Verkleidung abwarf und die alten realsozialistischen Hypothesen ablehnte, kehrte er tatsächlich zu den eigentlichen Anfängen der modernen Gesellschaft (die sog. Rückkehr in die Moderne) zurück, um dort, auf den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Aufbau einer demokratischen Gemeinschaft zu beginnen. Wenn der Realsozialismus eigentlich das abgenötigte geschichtliche Intermezzo in der "schnellen Nachholung der Industrialisierung" war,[2] so könnte der Postkommunismus als "nachholende Revolution" definiert werden.[3] In diesem Sinne sieht sich der die moderne Gesellschaft gründende Postkommunismus nach der langen Blockade der sozialen Lehre wieder gezwungen, auf seine nichtabsolvierten Aufgaben der modernen politischen Geschichte und auf das mühsame Erlernen der ersten Lektionen der politischen Ökonomie zurückzukehren. Diese Lektionen sind: 1) Befreiung der Ökonomie von der Vormundschaft der Politik; 2) Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft; 3) Wiederherstellung des Begriffs des Bürgers; 4) Rechtsstaat und die Herrschaft des Rechts; 5) Systemkontrolle aller Träger der politischen Macht; 6) Gewaltenteilung; 7) Parlamentarismus und politischer Pluralismus; 8) demokratischer Typus des Wahlsystems; 9) institutionalisierte Öffentlichkeit und Informationsfreiheit; 10) demokratischer Typus der politischen Kultur; 11) Zivilgesellschaft. Diese Lektionen traten im Rahmen der politischen Praxis in den Vordergrund hervor und kristallisierten sich in der Theorie als notwendige *Bedingungen* für die Konstituierung der Demokratie und als grundlegende *Grundsätze* der postkommunistischen Eroberung der Demokratie.

Eine besondere Lektion bezieht sich auf das Problem der demokratischen Institutionalisierung und, in Bezug darauf, auf die Frage des Wesens und der Grundtypen der Demokratie in modernen politischen Systemen, sowie auf ihre Anwendbarkeit auf die politische Ordnung im Übergangszustand. Die bekannten Typen der modernen Demokratie (der kompetitive Elitismus, die pluralistische Demokratie, der Minimalstaat, die partizipative und die konsoziative Demokratie) sind für die postkommunistischen Länder nicht nur im Sinne des normativen und politischen Ideals, sondern auch im Sinne der rechtspolitischen Rekonstruktion der Gesellschaft und der täglichen politischen Kommunikation relevant.

3. Irrwege der Demokratisierung

Das Kennzeichen der europäischen Revolutionen von 1989 war die Demokratie. Zusammen mit der Freiheit wurde sie zur allgemeingeltenden Lösung der revolutionären Ziele und der politischen Strebungen. Da die Demokratie eine der traditionellen und zur Zeit meist vertretenen Formen des politischen Systems ist, wurde der Begriff der Demokratie wegen häufigen geodischer Mißbrauchs mehrdeutig und heute mehr pragmatisch und politisch gerichtet als theoretisch und wissenschaftlich brauchbar. Um den Begriff der Demokratie zu verstehen, zeigt es sich als sehr wichtig einzusehen, daß sie auf einem im Volk (Demos) vereinten Subjekt (Bürger) beruht. Sie sind einzigartige Tragpfeiler des modernen politischen Systems, auf denen die Freiheit und Einigkeit als höchste Werte beruhen. Der Ausgangspunkt der Demokratie ist der ursprüngliche, grundlegende Konsens, aufgrund dessen alle Mitglieder einer Gesellschaft das Leben in einer demokratischen Gemeinschaft akzeptieren. Auf diesem grundlegenden Konsens wird die formale und prozedural ausgeführte Systemgrundlage und die Ordnung der Gesellschaft aufgebaut. Demzufolge wird der optimale Rahmen gemacht, innerhalb dessen demokratische Prozesse verlaufen und zahlreiche gesellschaftliche Widersprüche und Interessenkonflikte nach dem Prinzip: Konflikt, Konsens, Demokratie, gelöst werden. Auf diese Weise wird die Demokratie als eigenartige "organisierte Freiheit" in Form der Herrschaft aufgrund des ausgesprochenen Willens der Mehrheit unter allen akzeptablen Bedingungen (das bedeutet auch den eindeutigen Schutz der Minderheiten) bestätigt. Der Ausgangspunkt der demokratischen Konstituierung einer Gesellschaft ist also der ursprüngliche, grundlegende Konsens, und der Höhepunkt ist die Demokratie als organisierte Freiheit. "Dank der organisierten Freiheit läßt die Demokratie auch die tiefstgehenden realen Revolutionen auf eine legale, also ruhige und vernünftige Weise verlaufen, und das ist jedenfalls der höchste Punkt, den eine gesellschaftliche Organisation erreichen kann." [4]

Dieser allmähliche Aufstieg der modernen Gesellschaft zur Demokratie kann man sehr deutlich durch verschiedene Stufen der Entwicklung des modernen demokratischen Staates verfolgen, die aufgrund *der grundlegenden Forderungen der Epoche, des demokratischen Rechtstypus und der institutional-politischen Formen* betrachtet werden. Auf der ersten Stufe der Entwicklung des modernen Verfassungsstaates war die Kernforderung Frieden: dem entsprachen allgemeine Überlebens- und Sicherheitsrechte, sowie der Staat mit seiner Souveränität und Monopolisierung der legitimen physischen Gewaltmittel. Auf der zweiten Stufe war die Kernforderung *Freiheit*. Ihr entsprachen:

personliche Freiheitsrechte, Verfassungsstaat (unveräußerliche Grund- und Menschenrechte, Gewaltenteilung, parlamentarisches Mehrheitsprinzip). Auf der dritten Stufe war die Kernforderung *Gleichheit*, und darunter versteht man: politische Teilhabe- und Mitwirkungsrechte, Rechtsstaat und politische Demokratie. Auf der vierten Stufe ist die Kernforderung *Brüderlichkeit*, die folgendes voraussetzt: soziale Rechte und Sozialstaat (modernen Wohlfahrtsstaat). Und auf der fünften Stufe haben wir als Kernforderung *Umwelt* - ökologische Unversehrtheit und dementsprechend ökologische (Über-) Lebensrechte und Arten-, Umwelt- und Lebensschutz als Verfassungsgrundrechte. (Siehe Tabelle 1)

Aber die Bedingungen für die Wiederherstellung und Verwirklichung der Demokratie sind in den postkommunistischen Ländern großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Die meisten postkommunistischen Länder sind erst dabei, aus dem natürlichen, vorpolitischen Zustand auszutreten und die Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Leider handelt es sich immer noch um Gesellschaften, die keine demokratischen Werte kennen, und die weder Bürger noch *demos* noch profilierte Subjekte eines demokratischen Prozesses haben. Denn die ehemaligen Untertanen und Eingeborenen einer Nation, Klasse und anderer abstrakter Kollektivitäten wurden allein durch den Akt des Anziehens der demokratischen Kleidung nicht zu Bürgern und "populus", wurden nicht zu "demos" im Sinne der durch das "Prinzip der beschränkten Mehrheit"[5] ausgedrückten Vielheit.

Eine wesentliche Dimension der postkommunistischen Gesellschaften ist der Nationalismus, der auf dem Boden der noch nicht beendeten Modernisierung wächst, und der die Institutionalisierung in Hauptstrukturen des politischen Systems erlebt. In ihnen ist die grundlegende Matrix der Wiederherstellung des "demokratischen" politischen Raums das überindividuelle, kollektiv-nationale Interesse, das mit einer neuen autoritären Ordnung droht. Der Nationalismus wird hier auf die Interessen politischer Eliten (Natiokratie) reduziert. Sie versuchen, ihre verlorene Legitimität auf die absolute Weise: durch die Nation, bzw. den Nationalismus wiederherzustellen. So wurde der Nationalismus (niemand weiß zum wievielten Mal im mittelöstlichen Europa), indem er die ideologisch-religiöse Faszination und Funktion angenommen hatte, zu einer mächtigen *politischen Technologie*.

In diesem Zusammenhang wird in den 90-er Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen Ostsee und Adria eine ganze Reihe neuer Nationen - Staaten gebildet. Eine der wichtigsten Bestimmungen in diesen Prozessen war der Nationalismus, der in sehr kurzer Zeit einen großen Teil des verlorenen politischen und Ideologischen Raums eroberte und das schon erschöpfte Machtsystem in den postkommunistischen Regime wiederbelebte. Auf diese Weise wurde eine wirksame Symbiose zwischen Nationalismus und totalitären Mächten des politischen Systems wiederhergestellt, wobei sie eine große Gefahr und ein großes Hindernis für die Demokratie darstellt. Denn das Volk im Sinne von "Ethnos" (weder Bürger noch "demos") wurde zur ausschlaggebenden Bestimmung der gesellschaftlichen und politischen Prozesse. Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten werden auf Rechte und Freiheiten der Nation reduziert oder dadurch substituiert. Das Wachstum der nationalen Macht ist mit der Schwächung des Einzelnen bezahlt.

Tabelle 1

STUFEN DER ENTWICKLUNG DES MODERNEN VERFASSUNGSSTAATES					
	<i>Kernforderung</i>	<i>dominanter "Rechtstypus"</i>	<i>Angst vor...</i>	<i>Sehnsucht nach...</i>	<i>Institutionen politische Konsequenzen</i>
I	"Frieden"	allgemeine Überlebens- und Sicherheitsrechte	Gewaltsamem Tod, allgemeiner Unsicherheit, Bürgerkriegs-terror, innerer Zerrissenheit	Innerem Frieden, Sicherheit, Berechenbarkeit, klaren Herrschaftsverhältnissen	<i>Staat</i> Souveränität; Monopolisierung der legitimen physischen Gewaltmittel durch den Staat
II	"Freiheit"	persönliche Freiheitsrechte	Staatsterror, Gewissenszwang, obrigkeitstaatlicher Gängelung	Persönlicher Freiheit, Selbstbestimmung, Marktfreiheiten, Staatsfreien Autonomieräumen	<i>Verfassungsstaat</i> Unveräußerliche Grund- und Menschenrechte, Gewaltenteilung, parlamentarisches Mehrheitsprinzip
III	"Gleichheit"	Politische Teilhabe- und Mitwirkungsrechte	Sklaverei, Unrecht, Benachteiligung, fehlender Allgemeinheit der Bürgerlichen Freiheiten	Gleichberechtigung, Gleicher Freiheit aller, Politischer Mitbestimmung	<i>Rechtsstaatspolitische Demokratie</i> allgemeines, gleiches Wahlrecht, parlamentarische Repräsentation, Volkssouveränität, Parteienmitwirkung
IV	"Brüderlichkeit"	soziale (Bürger-) Rechte	Sozialer Benachteiligung, Materiellem Elend	Materieller Besserung, Sicherung allgemeiner Chancengleichheit	<i>Sozialstaat/moderner Wohlfahrtsstaat</i>
V	"Umwelt"/ ökologische Unversehrtheit	ökologische (Über-) Lebensrechte (existentielle Rechte und Eigenrechte der Natur)	Allgemeiner Lebens- und Naturzerstörung, Atomkatastrophen, Ökokatastrophen, Gefährdung der natürlichen Lebensbedingungen	Befriedetem „Normal“-zusand, Ökologischem Gleichgewicht, "natürlichen", "angepaßen" Lebensweisen	Arten-, Umwelt- und Lebensschutz als Verfassungsgrundrechte, Ethik-Kommissionen, TA-Institutionen

Quellen: Pipers Wörterbuch zur Politik, 11 Piper, München, Zürich, 1989, S. 132.

In der Theorie wird dieses Phänomen mit der Tatsache erläutert, daß die meisten postkommunistischen Gesellschaften durch einen hohen Grad der primären vorpolitischen Komplexität, vor allem aber durch eine multinationale Zusammensetzung der Bevölkerung gekennzeichnet sind. Zusammen mit dem Fall der realsozialistischen Regimes traten diese zurückgedrängten Unterschiede hervor, indem sie selbst die Erhaltung der Gemeinschaft (z.B. Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, der UdSSR) in Frage stellten. Deshalb ist der Nationalismus eines der größten Hindernisse in der postkommunistischen Eroberung der Demokratie, denn die politische Subjektivierung der national bestimmten Kollektivitäten ist mit dem Verstehen der Demokratie als Gemeinschaft, die auf der abstrakten Subjektivität des Bürgers beruht, nicht anknüpfbar.[6]

4. Zwischen demokratischem und autoritärem politischem System

1. - Die bisherigen Erfahrungen der postkommunistischen Transition machten auf zahlreiche Irrwege der Demokratisierung und des Pluralismus aufmerksam. Da es keine notwendigen! gesellschaftlich-geschichtlichen Voraussetzungen für eine liberaldemokratische Organisation der Gesellschaft gibt, füllte die neueingeführten demokratischen Institutionen der alte Inhalt - der Nationalismus mit seinen totalitären Merkmalen - aus. Es ist übrigens allzu gut bekannt, daß es nicht genügt, die Klassiker des liberalpolitischen Denkens zu lesen, um Liberal oder Demokrat zu werden. Tragische Geschehnisse in Jugoslawien zeigten, daß die Frage der Demokratie primär die Frage der politischen Kultur und einer entwickelten Zivilgesellschaft ist. Es handelt sich also um Leistungen der Zivilisation und um die Eigenschaften einer Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zum Kindermärchen vom Kaiser und seiner neuen Kleidung besteht hier die Kleidung (die Form), aber es gibt keinen Kaiser; in ihm lebt immer noch der Eingeborene (die Nation).

Aus diesem Grunde darf uns die liberal-demokratische Rhetorik, die in der Ideologie und in den rechtspolitischen Akten der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens dominiert, nicht betrügen. Vielmehr stellen sie heute ein paradigmatisches Beispiel für den Gegensatz zwischen der verfassungsrechtlichen und politischen Rhetorik einerseits und der politischen Realität, d.h. der aktuellen Praxis andererseits dar. Eigentlich handelt es sich hier nicht um einen Gegensatz, sondern um wesentliche Unterschiede, Antipode.[7] In der offiziellen politischen Rhetorik und in den rechtspolitischen Akten dominieren folgende Begriffe und Institutionen: die bürgerliche Gesellschaft, der Bürger, das Privateigentum, der freie Markt, die autonome Zivilgesellschaft, der politische Pluralismus, der Parlamentarismus, der Rechtsstaat und die Herrschaft des Rechts. In der Wirklichkeit solcher Gesellschaften aber sind immer noch folgende Begriffe wirksam: Relikte der patriarchalischen Gesellschaft, Untertänigkeit, Herrschaft der Kollektivität (des States, der Nation) über das Individuum, staatlich-zentralistische Verwaltung der Wirtschaft und Öffentlichkeit, Monopolisierung durch eine Partei (oder eine Gruppe von Parteien), Partei- oder Nationalstaat usw. (Siehe Tabelle 2)

Tabelle 2

POSTKOMMUNISTISCHES MODELL DES POLITISCHEN SYSTEMS	
<i>Öffentliche Symbole</i>	<i>Politische Praxis</i>
Individuum, Bürger als Ausgangspunkt und Grundlage des Systems	Dominierung des kollektivistischen Geistes des Staates
Privateigentum und Reprivatisierung	Staatlich-zentralistische Verwaltung der Wirtschaft
Autonomie und funktionale Differenzierung der Gesellschaft	Totalität der staatlichen Einmischung in die Sphäre der Kultur, Öffentlichkeit, öffentlicher Tätigkeiten und Dienstleistungen
politischer Pluralismus	politisches Monopol einer Partei (oder der Koalition der nationalistischen Parteien),
parlamentarisches System	ausgeprägte verfassungsmäßige und politische Rolle des Präsidenten
Rechtsstaat und Herrschaft des Rechts	Partei- oder Nationalstaat
alle Rechte anderen Völkern und Nationalminderheiten garantiert	nationale Ausschließlichkeit und Chauvinismus der herrschenden Partei
europäischer Universalismus	nationale Xenophobie

Aus dieser vergleichenden Tabelle ist ein sehr großer Gegensatz zwischen den proklamierten Zielen und der Wirklichkeit des postkommunistischen politischen Systems zu sehen, dessen paradigmatische Beispiele Serbien und die anderen jugoslawischen Staaten sind. Deshalb ist ein wesentliches Merkmal der politischen Systeme des Postkommunismus ihr hybrider Charakter, die alchimistische Verschmelzung der liberal-demokratischen Grundsätze mit den Prinzipien der autoritären Herrschaft.[8] In der ideologischen Optik dieser Gesellschaften wird das in ganz unmöglichen Begriffsmischungen, in Form einer eigenartigen Hypokrisie und Zynismus zum Ausdruck kommen.

Eine sorgfältige Analyse der rechten Seite der Tabelle macht darauf aufmerksam, daß die Wirklichkeit, die politische Praxis der postkommunistischen Gesellschaften den Rahmen des realsozialistischen Modells noch nicht verlassen hatte, abgesehen von ihrer offiziellen liberal-demokratischen Rhetorik. Beinahe alle Elemente des realsozialistischen Typus der Modernisierung und Konstituierung der Gesellschaft sind in der Wirklichkeit der neugebildeten postkommunistischen Staaten erkennbar. Neu ist nur, daß "ein Kollektivismus (der sozialistische) durch einen anderen (nationalen) ersetzt wurde, der, genau wie der erste, zum organischen Typus mit klaren totalitären Markmalen gehört." [9]

2.- Geschichtlich-vergleichende Erfahrungen des Übergangs von einer autoritären in eine demokratische Ordnung, so wie es die neuere Vergangenheit zeigt (Griechenland, Spanien, Portugal), wiesen auf die wesentlichen Glieder in der Kette der demokratischen Institutionalisierung dieser Gesellschaften hin: auf den politischen Pluralismus, der freie Wahlen, Parlamentarismus, Gewaltenteilung, die Verfassung, die Menschenrechte gewährleistet. Indem die meisten postkommunistischen Länder diese Institutionen ins

politische Leben einführen und politisch gestalten, zogen sie sehr bald die verfassungsrechtliche Kleidung der neuen Demokratie an. Sie wurden nach dem Prinzip der Herrschaft der Menschenrechte zusammen mit dem klassischen prozedural-rechtlich institutionalisierten politischen Prozeß konstituiert, der in der Theorie als Verfassungsdemokratie bezeichnet wird. Aber ihr Inhalt und ihre demokratische Wirksamkeit sind in der Regel der demokratischen Form entgegengesetzt, und die Auswirkungen sind meist kontraproduktiv. So geraten z.B. die Demokratisierung und der Pluralismus in den jugoslawischen Staaten auf Irrwege und erleben einen diabolischen Epilog: das Ausarten des politischen Pluralismus zum trojanischen Pferd, aus dem, wie aus einer eigenartigen Pandorabüchse, alles Böse auf dem Balkan herausgekommen ist. Der Grund dafür liegt vor allem in der Tatsache, daß diese Gesellschaften über keine grundlegenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen für einen demokratischen Pluralismus verfügten. Denn es sind die Gesellschaften mit tief eingewurzelten vopolitischen (meist nationalen) Teilungen, die eine Strukturbestimmung der Ganzheit ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse sind.

Ohne diese Voraussetzungen wirkt in ihnen ein natürlicher Quasipluralismus und ein simulierter Parlamentarismus, die unvermeidlich in einen neuen Totalitarismus ausarten und ein unlösbares Hindernis für die Wiederherstellung einer stabilen Demokratie darstellen. In diesem Sinne sind Serbien und die Bundesrepublik Jugoslawien ein Beispiel für solche politische Systeme, hinter deren liberal-demokratischer Fassade die wirkliche Identität einer national-plebiszitären Gemeinschaft mit wachsenden Elementen des autoritären Populismus und Totalitarismus steckt. In ihnen wird die Diskrepanz zwischen der öffentlichen verfassungspolitischen Rhetorik immer größer und der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition immer tiefer, wobei ein Kompromiß und der grundlegende gesellschaftliche Konsens immer weiter liegen. Aus diesem Grunde und in Verhältnissen eines großen sozial-politischen Drucks (dessen Ursachen im Krieg, in der Verarmung und in den UN-Sanktionen liegen) werden die Möglichkeiten für eine wirkliche Demokratisierung immer enger und die Aussichten und Perspektiven neuer national-populistischer Mächte und ihrer Diktatur immer größer.

Es ist heute ganz gewiß, daß es von einer erfolgreichen Lösung der nichtabsolvierten Aufgaben der modernen Geschichte und von der Begründung der Voraussetzungen für die Verwirklichung der universalen Menschenrechte, des demokratischen Pluralismus und Parlamentarismus abhängt, ob wir und einer modernen demokratischen Gesellschaft mit mehr Freiheit, Demokratie und Lebensqualität nähern, oder ob wir in den vopolitischen Zustand des östlichen Despotismus, bzw. in "besserem" Falle in die antihistorische Passion zurückfallen, die primär auf dem Nationalismus als der grundlegenden Legitimierung und politischen Technologie beruht. Unter den Bedingungen aber, wo in der "balkanischen Kneipe" die Lichter ausgemacht werden und die Messerklingen aufblitzen, wo die Mächte des balkanischen Bösen mit der Drohung, uns mit dem Magma des Hasses und des Leidens von der Erde wegzuwischen, emporsteigen, hängt unser Schicksal vor allem vom Kampf gegen das Böse ab. Wenn wir schon nicht imstande sind, das Böse auszurotten, ein Leben ohne das Böse zu gestalten, können wir wenigstens ein solches Leben anstreben, indem wir das Böse unter die Kontrolle der demokratischen Institutionen stellen und das Ziel haben, das Böse in uns selbst zu bändigen. "Deshalb ist es gut, daß jeder von uns das Böse in sich selbst bündigt,

denn auf diese Weise trägt er seiner Bändigung in der Gemeinschaft bei. Das ist einer der Wege in ein erträglicheres Leben” (L. Kolakowski). Noch eine Warnung ist diesen notwendigen Bedingungen für die Bändigung des Bösen beizufügen: “Damit die Mächte des Bösen die Welt erobern, ist es nur notwendig, daß die guten Menschen nichts tun” (E. Burke). Auf diese Weise könnten wir etwas ruhiger der Zukunft entgegenblicken und überzeugt sein, daß das Böse, die Gewalttätigkeit und der Betrug die Welt nicht ewig unterdrücken werden.

5. Schlußwort

Die Beendigung des “mutigen russischen Experiments von 1917” (Weber), die Abrüstung und der Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 deuteten der Triumph des Rationalismus- der demokratischen, integrativen und zivilisatorischen Prinzipien der modernen Gesellschaft - an. Es wurde aber bald klar, daß statt des erwarteten Triumphs des Rationalismus der modernen Gesellschaft eigentlich der Irrationalismus und die Aporien der vorbürgerlichen Gesellschaft triumphieren werden. Nur einige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist die Diskrepanz zwischen den radikaldemokratischen Potentiale der Geschehnisse von 1989 und ihrer späteren politischen Konstituierung offensichtlich. Die Begeisterung der neuentstandenen Freiheit und der großen Erwartungen wurde bald durch eine postrevolutionäre Melancholie und eine eigenartige Angst vor der Freiheit ersetzt. Der revolutionäre Pathos und Elan fanden bald ihre Ruhe im Milieu des Vorkommunismus. Damit wurde für das mittelöstliche Europa der Weg der Rückkehr in die moderne politische Geschichte geöffnet. “Wenn der Sozialismus ein Prometheus-Versuch war, im Namen der Zukunft die Geschichte zu beherrschen, dann bekommt sein Zusammenbruch die Form der “Rache der Geschichte”, in der es scheint, als ob die *das Interregnum* aufhebende Vergangenheit ihr Leben dort fortsetze, wo sie unterbrochen wurde”.^[10] Es zeigte sich nämlich, daß der Übergang von einem realsozialistischen Modell der politischen Ordnung in ein anderes - bürgerlich demokratisches - durch einen “widersprüchlichen und mehrdeutigen Prozeß voller Fallen, gefährlicher Ungleich gewichte, zugespitzter (nationalistischer und kriegerischer) Konflikte, beunruhigender Strebungen und globaler Gewaltenteilung verläuft. Daher kam an Stelle der Euphorie von 1989 sehr bald die resignierende Auseinandersetzung mit den Folgen der vorherigen Regimes und dadurch mit dem Problem der Bewältigung der Krise, die mit dem Zusammenbruch des alten Regimes und mit dem Eintritt in die Epoche eines eigenartigen Interregnums in den Vordergrund hervortritt.

Die grundlegenden Probleme der postkommunistischen Gesellschaften haben ihre Ursache in der Natur und in den Einschränkungen der realsozialistischen Gesellschaften, bzw. in den *Aporien einer mißlungenen, “unvollkommenen Modernität”* (A. Heller). Es handelt sich um eine *Modernisierung ohne Modernität* (R. Dahrendorf) als ein wesentliches Kennzeichen des Realsozialismus, denn zwei wesentliche Merkmale und Schlüsselfaktoren der westlichen Modernisierung - Bürger und Unternehmer - werden suspendiert. Daher haben die grundlegenden Widersprüche des Postkommunismus ihre Quelle in der Tatsache, daß die realsozialistische Modernisierung auf der Stufe eingestellt wurde, die keine schmerzlose Transition von einer autoritären in eine demokratische Ordnung ermöglicht. Denn der instabile Boden dieser Länder ist immer

noch der Wirkung mächtiger tektonischer Kräfte ausgesetzt, die mit der Gewalt eines Vulkans aus den Tiefen nicht nur der vormodernen und vorbürgerlichen, sondern auch der vopolitischen Zeit ausbrechen. Deshalb kann man resignierend den Schluß ziehen: Im Osten nichts Neues! Trotz dröhnenden Lärms und großer Erwartungen "den Revolutionen in Europa 1989 gegenüber" kam aus dem mittelöstlichen Europa weder eine neue Idee noch eine zivilisatorische Alternative. Man könnte sagen, daß das wieder einmal eine Revolution der enttäuschten Hoffnungen war, deren größte Leistung "die Befreiung des Raums für die Nachholung der verpaßten Entwicklung"[11] (J. Habermas) ist.

-
1. Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*, "Treći program Radio-Beograda", 84, 1990, S. 141.
 2. Elmar Altvater: *Sozialismus jenseits des industriellen Rationalismus* in: *Sozialismus an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, Belgrad, 1975
 3. Jürgen Habermas: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/Main, 1990, S. 180.
 4. Božidar S. Marković: *Grundsätze der Demokratie*, Belgrad, 1937, S. 38.
 5. Siehe: Giovanni Sartori: *Democratic Theory*, New York, Prager, 1965, S. 18.
 6. Vgl. Nenad Dimitrijević, *Wohin führt der Weg.: Postsozialismus zwischen Demokratie und neuem Totalitarismus*, Referat, unveröffentlicht, S. 10. Indem der Autor darauf aufmerksam macht, daß der Nationalismus als Ersatzform des Kollektivismus und als Bedrohung der erst wiederhergestellten Demokratie erschien, hebt er hervor: "Wenn die Losung "Wir sind das Volk" die radikal demokratische Legitimität der Revolutionen von 1989 symbolisierte, dann symbolisiert die minimale semantisch-grammatische Änderung, die ein Jahr später eingeführt wurde - "Wir sind das Volk" - die Akzentuierung der kollektiv-nationalistischen Legitimität." (ibid.)
 7. In diesem Sinne führte Slobodan Samardžić zwei "rhetorischpraktische Antipode" konsequent aus: öffentliche Symbolpolitische Praxis - in der neuen Rhetorik der jugoslawischen Republiken - Staaten. (Siehe: Slobodan Samardžić, *Posttotalitäre Kultur und neototalitäre Ideologie*, "Književne novine", Belgrad, Oktober 1991, S. 3.)
 8. Ralf Dahrendorf machte einmal darauf aufmerksam, daß der postkommunistische Weg zu einer modernen Gesellschaft schwer und mühsam ist und betonte, daß die postkommunistischen Gesellschaften zur Erlassung der Verfassung sechs Monate, zur demokratischen Institutionalisierung (Wiederherstellung des Rechtsstaates, politischen Pluralismus, Parlamentarismus, entsprechenden Demokratietypus) sechs Jahre und zur Verwirklichung einer freien demokratischen Gesellschaft mindestens sechzig Jahre brauchen.
 9. Slobodan Samardžić, op. cit., S. 3.
 10. Latinka Perović, *Gesellschaftliches Wesen des Kriegs*, "Republika", Belgrad, 73-74, 1-31, August 1993.
 11. Jürgen Habermas, op. cit., S. 180.

POSTKOMUNISTIČKO OSVAJANJE DEMOKRATIJE

Jovica Trkulja

Ovaj rad je istraživanje posvećeno radikalnim promenama u političkim sistemima bivših socijalističkih zemalja u devedesetim godinama 20. stoleća. Cilj je autora da objasni protivrečne procese demokratizacije novih društvenih uređenja u srednjeistočnoj

Evropi. Težište analize leži, s jedne strane, na pretpostavkama i mogućnostima te, s druge strane, na preprekama i stranputicama demokratije u postkomunističkim zemljama. Zaključak je autora da je već danas, nakon početnih skromnih uspeha poskomunističkog osvajanja slobode i demokratije, jasno, da dramatični slom realnog socijalizma 1989. godine predstavlja u stvari slom "starog režima", ali ne i "starog društva", koje, nasuprot režimu, ne može da se putem prostog dekreta izmeni i transformiše u civilno društvo.

Ključne reči: demokratija, postkomunizam, modernizacija.